

Der „Vorwärts“ erscheint täglich zweimal, Donnerstags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Der Welt“ - „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Abonnementspreis beträgt bei jeder Lieferung ins Haus monatlich 21.- M. von den Monatsheften, im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Lohnkassen-Behörden entgegen. Unter Druckband bezogen für Deutschland 1.- M., das Eisen- und Nadelgehäuse sowie die früheren deutschen Gebiete 1.- M., das Eisen- und Nadelgehäuse sowie die übrigen deutschen Gebiete 1.- M., das Eisen- und Nadelgehäuse sowie das übrige Ausland 2.- M.

Die Jahrgangspostenspostenbesitzer oder deren Haus Nr. 11, einmündlich Interessenten. Klein-Anzeigen: Das eingedruckte Wort 2.50 M., über weitere Wort 1.75 M. einschließlich Anzeigenraum. Laufende Anzeigen (von Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuchen 1.50 M. extra pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das eingedruckte Wort 2.- M., über weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

# VORWÄRTS

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Vertrauensvotum für das Kabinett Wirth

## Das Abstimmungsergebnis

Die endgültige Prüfung der abgegebenen Stimmzettel ergab folgendes Ergebnis: abgegeben wurden 421 Stimmen, mit ja haben gestimmt 220, mit nein 185, Enthaltungen 16.

Der Deutsche Reichstag hatte heute einen geschichtlich bedeutsamen Tag. Es war zum ersten Mal, daß das Parlament in offener Sitzung über Sein oder Nichtsein einer Regierung zu entscheiden hatte. Alle bisherigen Ministerkrisen waren hinter den Kulissen in den Fraktionszimmern nicht nur entstanden, sondern dort auch entschieden worden. Zum ersten Mal hat sich jetzt das Kabinett zu offener Schlacht gestellt, wie es dem Wesen des parlamentarischen Systems entspricht. Dies verursachte auch die große Spannung, die über dem Hause lag und die Ueberfülle auf den Tribünen, umso mehr, da das Resultat bis zur Abstimmung selbst im Ungewissen blieb. Denn die eigentlichen Regierungsparteien, Zentrum, Sozialdemokratie und Demokraten, verfügten allein nicht über die Mehrheit. Erst der Hinzutritt der Bayerischen Volkspartei, des von der Hauptpartei abgelösten bayerischen Zentrumsflügels, ergibt eine kleine numerische Majorität. Ungefähr 1 1/2 Stunden vor der Abstimmung, die auf 4 Uhr angesetzt war, kam aber die Nachricht, daß die Partei sich für Stimmenthaltung entschieden hatte. Herr Dr. Heim hatte bis zum letzten Moment die gegenteilige Meinung verbreitet, sicher mit der Absicht der Irrführung. Unmittelbar vor der Abstimmung führte der bayerische Reaktionsführer die Entscheidung gegen Dr. Wirth herbei mit der Begründung, daß Wirth sich allzusehr in die bayerischen Verhältnisse eingemischt habe.

Die Nachricht verbreitete sich sehr schnell und die Ausschüßler der Regierung erschienen recht trübe. Am so überraschender war das Resultat. Die Regierung siegte mit der unter diesen Verhältnissen großen Mehrheit von 26 Stimmen.

An der Herbeiführung der Krise ist der Kanzler und sein Kabinett vor allem selbst schuld. Bei den Verhandlungen über das Steuerkompromiß wurde es klar, daß der Kanzler seine Finanzpolitik ohne Rücksicht auf die Unabhängigen mit der Deutschen Volkspartei schaffen wollte. Die große Koalition schien unmittelbar vor der Tür zu stehen. Da kam die Ernennung Rathenaus dazwischen. Die Volkspartei, deren Führer in ihrem Ehrgeiz tödlich verkehrt waren, begab sich auf den Kriegspfad. Dann hätte es nahe gelegen, daß die Regierung den Versuch gemacht hätte, sich mit den Unabhängigen über die Steuerfragen zu verständigen. Aber es geschah nichts, man ließ die Dinge treiben und erwartete wohl, daß es so oder so zu einer Wiederannäherung mit der Deutschen Volkspartei kommen würde.

Darüber begann der Streik der Eisenbahnbeamten. Die Streikverordnung des Reichspräsidenten wurde erlassen, die das Beamtenstreikrecht verneinte. Verhandlungen mit den Streikenden abgelehnt und nach Beendigung des Streiks Maßregelungen in großem Umfange vorgenommen. Es war selbstverständlich, daß wir innerhalb und außerhalb des Parlaments gegen dieses Vorgehen schärfsten Protest erhoben, selbstverständlich, daß wir im Reichstag einen Mißbilligungsantrag stellten. Die Rechtsparteien aber, die glaubten, aus ganz entgegengelegten Gründen die Regierung tadeln zu müssen, stellten ebenfalls Mißbilligungsanträge. Dann erhob plötzlich die Regierung knapp vor der Abstimmung die Forderung nach einem Vertrauensvotum. Die Koalitionsparteien kamen dieser Aufforderung nach und gaben dem Vertrauensvotum die Form, daß der Reichstag die Erklärungen der Regierung billigt. Die Vertrauensfrage war so unmittelbar mit dem Verhalten der Regierung im Eisenbahnerstreik verknüpft.

Die bürgerlichen Regierungsparteien haben an diesem Standpunkt festgehalten und jede Abänderung abgelehnt. Ebenso hat die Regierung die von unserer Fraktion verlangten Sicherungen gegen Maßregelungen der Beamten und Arbeiter aus Anlaß des Streiks nicht gegeben. Verhandlungen mit der Regierung haben nicht stattgefunden. Allerdings hat Dr. Wirth gestern vor der Abstimmung erklärt, daß er den Beschluß des Reichstags als ein Urteil über die Gesamtpolitik auffasse. Aber durch diese Erklärung ist der Wortlaut der Entschließung nicht aus der Welt geschafft.

Angehts dieser Sachlage hatte sich die Fraktion entschlossen, für die Ablehnung des Mißbilligungsantrages zu stimmen. Die Gründe dafür hat Genosse Crispian in seiner Rede, die dann von Dittmann in Erwiderung auf Groeners Ausführungen ergänzt wurde, klar gelegt. Und Crispian hat in dieser Rede mit Recht auch darauf hingewiesen, daß wir die Regierung wiederholt in ihrer Außenpolitik gestützt und niemals Ministerkrisen getrieben haben. Aber das Verhalten der Regierung in der Eisen-

bahnerfrage könne von uns nicht gebilligt werden. Denn eine Regierung, die sich zum Vorspann der Reaktion mache, müsse von uns in schärfster Weise bekämpft werden.

Es braucht nicht verschwiegen zu werden, daß in unserer Fraktion eine Minderheit für Stimmenthaltung eintrat. Sie führte dafür an, daß die Rechtsparteien aus nationalistischer Gegnerschaft gegen die Außenpolitik der Regierung die Situation zum Sturz des Kabinetts ausnützen wolle. Eine Niederlage der Regierung in diesem Augenblicke brächte die Gefahr einer Rechtsregierung mit sich, die nicht nur in der Frage der Maßregelungen, sondern auch in der gesamten inneren Politik einen weit reaktionäreren Kurs einschlagen würde.

Die Krise ist vorübergegangen. Das Abstimmungsergebnis erklärt sich vor allem dadurch, daß die Regierungsparteien fast vollzählig erschienen waren, während die Reihen der Opposition stärkere Lücken aufwiesen. Aber ist damit die Krise wirklich gelöst? Wir denken, das wird Dr. Wirth selbst nicht glauben. Sein bisheriges Streben, die Außenpolitik mit der Unterstützung der Linken, die Innenpolitik mit der Deutschen Volkspartei zu machen, muß notwendigerweise zu immer neuen Krisen führen. Die Steuerfragen heißen Antwort. Und da wird ein Ausweichen nicht leicht möglich sein. Dr. Wirth wird sich entscheiden müssen, ob er mit der Deutschen Volkspartei innere Politik gegen seine Außenpolitik machen will. Versucht er es, dann wird er dabei sicheren Schiffbruch erleiden.

## Der Verlauf der Sitzung

Präsident Lohse eröffnet die Sitzung 2 Uhr 20 Minuten. Nach der Weiterberatung des Reichsmittelengesetzes, die wir an anderer Stelle wiedergeben, erfolgt die

### Stellungnahme und Abstimmung der Parteien zur Regierungserklärung

Abg. Bergt (Dtn.): Für die Abstimmung ist von außerordentlicher Bedeutung, ob der von den Parteien der Regierung gestellte Antrag den Wünschen des Reichstags entspricht. Nach unserer Meinung ist das nicht der Fall. (Heiterkeit.) Sie lautet: „Der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung“. Es kommt nicht bloß auf die Erklärung, sondern auch auf das Verhalten, insbesondere auch das Verhalten des Reichstanzlers, zu dem Streik an. Ich frage deshalb den Reichstanzler, ob er in dem Antrag der Regierungsparteien das klare und positive Vertrauensvotum erblickt, das ihm ermöglichen würde, die politische Arbeit weiterzuführen.

### Abg. Crispian (USP.)

Die große Bewegung der Eisenbahner kann man nur verstehen und würdigen, wenn man die großen ökonomischen und sozialen gegenwärtigen Umwälzungen in Deutschland erkannt hat. Die Eisenbahnbeamten sind ins Proletariat hinabgedrückt worden.

In dem Vorgehen der Reichsregierung gegen die Eisenbahner erblicken wir eine Bedrohung der Grundrechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Der Reichstanzler hat erneut zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung nicht gewillt ist, von ihrer Scharfmacherpolitik abzulassen. Seine zweite Rede war nicht eine Erklärung der Regierung. Da haben sich Minister als Regierungsvertreter in scharfen Reden gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten gewendet. Damit ist nachgewiesen, daß es sich tatsächlich um Scharfmacherei handelt gegen die gesamten Arbeiterkategorien.

Unsere Fraktion beantragt:

„Der Reichstag wolle beschließen: der Reichstag mißbilligt, daß eine Ausnahmeverordnung unter Verantwortlichkeit der Reichsregierung vom Reichspräsidenten gegen die streikenden Beamten erlassen wurde, daß durch diese Verordnung unter Bruch der Verfassung das Streikrecht der Beamten aufgehoben worden ist, daß die Reichsregierung den Mißbilligungsantrag angelehnt hat, daß sie Verhandlungen mit den Streikenden abgelehnt hat, daß sie Maßregelungen von Streikenden vornehmen will.“

Nach der Beratung des Antrages unserer Partei führt Genosse Crispian fort: Mein Parteifreund Dittmann hat bereits festgestellt, daß tatsächlich entgegen allen feierlichen Zusicherungen des Reichstanzlers Wirth und anderer Regierungsstellen Massenmaßregelungen erfolgen. Wir haben inzwischen neues umfangreiches Material erhalten. Und neues geht uns fortwährend zu. Ein Paar Strichproben: Am Bahnhof Pantow sind 169 Maßregelungen erfolgt. In den meisten Fällen, und das ist charakteristisch für die Haltung der Regierung, handelt es sich um Maßregelungen, die schon vor dem Erlaß der Richtlinien eingeleitet worden sind. (Hört! Hört!) Diese Maßregelungen hätten zurückgenommen werden müssen, wenn man den Erklärungen der Regierung noch irgendwelches Vertrauen entgegenbringen soll. Wir erleben aber,

daß die höheren Bürokraten auf den Erlaß der Regierung

plätzen und vorgehen wie ein Scharfmacher der Großindustrie oder ein Scharfmacher der Agrarier. Neben diesen Disziplinarverfahren werden direkte Kündigungen ausgesprochen. Mein Freund Dittmann hat am Freitag nachgewiesen, daß insgesamt für Deutschland gegen 30 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte gemacht worden sind. (Hört! Hört!) Damit ist erwiesen, daß Massenmaßregelungen vorgenommen werden. Mit welcher Härte man diese Disziplinarverfahren führt, geht daraus hervor, daß so-

fort Suspension ausgesprochen und die Hälfte des Gehalts einbehalten wird. (Hört! Hört!) Nach Frankfurt a. M. ging eine Anordnung: „Kündbare und unkündbare Beamte, die sich Verschulden schuldig gemacht haben, wie sie in der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar 1922 aufgeführt worden sind, oder in der Streikbewegung besonders hervorgetreten, sind in besonderen Listen genau zu bezeichnen.“ (Stürmisches Hört! Hört!) Eine weitere Anweisung: Telegramm Mainz, 9. Februar, an sämtliche Dienststellen des unbefreiten Gebietes: „Es sind sofort Listen an das Personalbureau Mainz einzufenden über sämtliche Bediensteten, die sich am Streik beteiligt haben.“ In einer besonderen Spalte „Bemerkungen“ ist besonders hervorzuheben, wer an der Streikleitung beteiligt oder sonstwie tätig war (Hört! Hört!), aufgefördert hat zum Streik, Anhalten von Arbeitswilligen usw. (Hört! Hört!)

Damit ist das System der schwarzen Listen eingeführt,

das der Spionage und dem Angebertum Tür und Tor öffnet. Das bestätigt nicht nur, daß an den bisherigen Massenmaßregelungen festgehalten werden soll, sondern daß auch in alle Zukunft eine ausgesprochene Kasperpolitik gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten getrieben werden soll, die es gewagt haben, für ihre Lebensinteressen auch einmal dem Staat entgegenzutreten. Demgegenüber erheben wir die Forderung der Nachprüfung und Entscheidung über die Weiterführung der vor und nach dem Erlaß der Richtlinien des Kabinetts vom 10. Februar 1922 aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks eingeleiteten Disziplinarverfahren unter Mitwirkung der gewählten Beamtenräte und Eisenbahner-Gewerkschaften; ferner Aufhebung der aus Anlaß des Streiks vor und nach dem Erlaß der Richtlinien ausgesprochenen Kündigungen, entsprechend der vom Reichspräsidenten Vertretern der Reichsgewerkschaft am Abend des 9. Februar 1922 gemachten Zusicherungen; Aufhebung der aus Anlaß des Streiks verfügten Entlassungen von Eisenbahnarbeitern und -angestellten und Nachprüfung unter Mitwirkung der gewählten Betriebsräte; Niederschlagung der wegen Vergehen gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar 1922 eingeleiteten Strafverfahren.

Das ist das mindeste, was gefordert werden muß von Parteien, die überhaupt Anspruch darauf erheben, die Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu schützen gegen scharfmacherische Uebergriffe. Daß das Vorgehen der Reichsregierung verfassungswidrig gemessen ist, hat schon mein Freund Dittmann klar und unmissverständlich nachgewiesen. Inzwischen sind uns aber weitere Tatsachen bekannt geworden, die das Vorgehen der Regierung in diesem Eisenbahnerstreik gegen die Streikenden noch eigenartiger erscheinen lassen. Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -angestellter ist nämlich in das Vereinsregister des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg unter dem 15. Mai 1921 eingetragen. Es handelt sich also um einen eingetragenen Verein, dessen Statuten dem Amtsgericht vorgelegt haben und über die das Amtsgericht nach Kenntnisnahme beschlossen und die Eintragung ins Vereinsregister hat vornehmen lassen. § 2 des Statuts lautet: „Die Reichsgewerkschaft bezweckt unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel die Wahrung der gemeinsamen Standes- und Berufsinteressen der Eisenbahnbeamten und ihrer Angehörigen. Es steht also ausdrücklich darin, daß die Gewerkschaft „...“ die gewerkschaftlichen Komplexmittel anzuwenden. Es heißt ferner im § 18: „Zum erweiterten Vorstand kann die Dienst-einstellung mit zwei Dritteln Stimmenmehrheit angeordnet werden.“ Das heißt, der Streik kann proklamiert werden von dem erweiterten Vorstand dieser Gewerkschaft. Der § 13 des Statuts enthält die Streikunterstützungsmassregeln, die klar erkennen lassen, daß im Falle des Gewerkschaftsstreiks die Mitglieder dieser Gewerkschaft auch auf Unterstützung Anspruch haben.

Der Reichstanzler hat in der Ausprache über die Eisenbahnerbewegung vor der Abstimmung erklärt, er verlange ein positives, klares Vertrauensvotum. Nach dieser Aufforderung haben die Regierungsparteien den Antrag eingebracht: „Der Reichstag billigt die Erklärungen der Regierung.“ Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß dieser Antrag kein allgemeines Vertrauensvotum zur Grundlage hat, sondern, daß er eine Erklärung des Reichstags fordert gegenüber der Regierung über den abgeschlossenen Kampf der Eisenbahnbeamten, Angestellten und Arbeiter. Es kann dieser Antrag nicht von einer Partei angenommen werden, der es mit der Wahrung der Lebensinteressen der Arbeiter, Angestellten und Beamten ernst ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Es ist bezeichnend für die Regierungsparteien, vor allen Dingen für die rechtssozialistische Partei, daß sie mit Absicht einen Antrag eingebracht haben, der nur das Vertrauen in bezug auf die abgeschlossene Eisenbahnerbewegung und das Vorgehen der Regierung gegen die Grundrechte der Eisenbahner fordert. Es ist ferner bezeichnend für die Regierungsparteien, daß sie bis zu dieser Stunde es unberührt abgelehnt haben, ein allgemeines Vertrauensvotum einzubringen und ebenfalls gerade auf diesem Antrag bestehen. Die bürgerlichen Parteien, auch jene, die in der Regierung sind, wollen in dieser Stunde nicht ein allgemeines Vertrauensvotum für oder gegen die Regierung haben, in der die gesamte Außenpolitik miteingegriffen ist, sie wollen einen Beschluß herbeiführen, der die Regierung stützt in ihrem Vorgehen gegen die gesamte Arbeiterkategorie. (Lebhaftes Sehr richtig! links.)

Sie wollen die Reaktion durch den Reichstag schützen, gegen das gesamte Proletariat. Die Arbeiterparteien haben die Pflicht in dieser Stunde, sich für das Proletariat, gegen die Reaktion zusammenzufinden. (Lärm rechts und bei den rechtssozial. Lebhaftige Zustimmung links.) Die ganze Politik (zu den rechtssozialisten) Ihrer Koalitionsregierung ist in der Steuerfrage, in der Frage der Ernährung, in der Innenpolitik, wie sie sich die Staatspartei gar nicht besser schaffen könnte. Erkennen Sie endlich, was es heißt: bis hierher und nicht weiter. (Beifall links.) Wir können gegen dieses Votum nur ein klares Nein haben.

Wir haben wiederholt bewiesen, daß wir nicht gemißt sind, bis die Minister für zurecht zu machen. (Lachen.) Wir haben Beispiele dafür gegeben, daß wir uns vollkommen über die Verantwortung klar sind, die wir zu tragen haben. Wir haben die Regierung wiederholt in ihrer Außenpolitik gestützt, wo nach unserer Meinung sie im Interesse des Proletariats gestützt werden mußte. Wir haben aber auch niemals Zweifel darüber gelassen, in dem Augenblick, wo die Regierung sich zum Vorposten der Reaktion in Deutschland macht, werden wir gegen die Regierung in schärfster Kampfstellung stehen. Wir sind überzeugt, daß in den kommenden Kämpfen die Arbeiter, Angestellten und Beamten geradezu zusammengetrieben werden durch das Vorgehen der Reaktion und durch das Wachsen der wirtschaftlichen Not. In diesem Zusammenstoß des Proletariats wird die Macht erwachen, die dazu führt, daß das gesamte Proletariat die politische Macht erringt. Mit uns, für uns arbeitet die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Wir sind entschlossen, für die Interessen der Proletarier mit aller Kraft einzutreten. (Lebhaftes Bravo auf der Linken und den Tribünen.)

#### Reichsfanzler Dr. Wirth:

Es ist Aufgabe der Regierungsparteien selbst, zu dem Sinn des Antrages Stellung zu nehmen. Er spricht klar aus, es werde die Erklärung der Regierung bewilligt. Meine ersten Darlegungen waren gerichtet auf die Gesamtheit des deutschen Volkes. Dabei spielt die Beurteilung der Außenpolitik die Hauptrolle. (Sehr richtig!) Wer das Vertrauensvotum ablehnt, muß sich darüber klar sein, daß er damit ein Werturteil über die Gesamtpolitik des Kabinetts ausspricht.

Reichsverkehrsminister Groener: Der Abg. Crispian hat auf Dinge hingewiesen, die vor der Befähigung der Richtlinien liegen. (Dittmann: Die Beamten werden heute noch zurückgewiesen, wenn sie sich zum Dienst melden.) Die anhängigen Disziplinarsachen sind nach gegebener Anordnung daraufhin zu prüfen, ob der Verdacht der Unbefähigung oder anderer Pflichtverletzung hinreichend begründet ist. Trifft das nicht zu, erfolgt die Einstellung des Verfahrens. Die Entlassungen werden gegebenenfalls durch die Stellen, die sie ausgesprochen haben, zurückgenommen und die Beamten in ihre bisherigen Rechte wieder eingesetzt.

Abg. Peterlen (Dem.): Die Fraktion der Demokraten hält die Behauptung, daß zwischen Worten und Taten der Regierung ein Widerspruch liege, als für durch nichts erwiesen. Sie läßt es ab, ihre Stellung durch halboffene Kombinationen anderer Parteien beeinflussen zu lassen. Sie hält es für die Pflicht der Partei, sich an die Erklärungen der Regierung im Parlament zu halten.

Abg. Seel (K. A. G.): Es handelt sich darum, ob das schamlose System der Schwarzen Listen aufrechterhalten werden soll oder nicht. (Sehr richtig!) Das Kabinett hat auch durch seine vergangene Politik sich auf die kapitalistisch-monarchistischen Kreise gestützt und nicht auf die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung. Aus diesem Grunde müssen alle proletarischen Parteien der Regierung das Vertrauen versagen, solange nicht einwandfrei und klar von ihr eine Politik gegen die reaktionären Parteien eingeschlagen wird.

Abg. Koenen (Komm.): Wir sind für das, was die Unabhängigen gesagt haben. Auch durch die heutige Erklärung des ehemaligen Generals sind die Maßregelungen nicht rückgängig gemacht.

#### Abg. Dittmann (U. S. P.):

Groener hat versucht, die Angaben meines Freundes Crispian zu bestritten. Er hat erklärt, es sei in letzter Zeit eine Berordnung ergangen, wonach die Maßregelungen, die vor Erlass der Richtlinien ergangen seien, rückgängig gemacht werden sollten. Ich darf darauf hinweisen, daß es in den allermeisten Fällen sich um solche handelt, daß aber bis heute noch Beamte, wenn sie sich zum Dienst melden, zurückgewiesen werden. Ein neuer Beweis dafür, daß die Minister der höheren Bürokratie gegenüber machtlos sind. Die Regierung, die Minister, sind heute überhaupt nicht die tatsächlichen Inhaber der Regierungsgewalt. Die Regierungsgewalt liegt in den Händen einiger zehntausend oberer Beamten, die einen Staat im Staate bilden, die sich den Teufel kümmern um das, was von den einzelnen Ressortministern gesagt und von dem Kabinett oder dem Reichsfanzler angeordnet wird. Dahin sind wir heute unter der Koalitionspolitik gekommen. Kann ein Kabinett, das gebildet ist aus den Rechtsparteien, überhaupt noch reaktionärer regieren? Es ist mir eben telephonisch mitgeteilt worden, die Reichsgewerkschaft habe eine erweiterte Vorstandssitzung einberufen, zu der Funktionäre aus dem ganzen Reich nach Berlin kommen müssen. Aus allen Orten gelangen jetzt Meldungen nach Berlin, daß überall der Urlaub zu diesen erweiterten Sitzungen verfaßt worden ist. Das beweist, daß man es der Organisation unmöglich machen will, überhaupt zu der Situation nach dem Streik Stellung zu nehmen. Mir scheint es notwendig zu sein, mit besonderem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß diese Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -angewandter eine Organisation ist, die sich bisher höchsten Wohlwollens des Reichsverkehrsministeriums und der Rechtsparteien dieses Hauses erfreut hat. Gerade die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei sind es vor allem, die diese Organisation bisher beeinflusst haben.

Koenen glaubte, uns Vorhaltungen darüber machen zu müssen, daß wir bisher die Außenpolitik des Kabinetts Wirth gestützt haben. Jawohl, das haben wir getan. Wir hatten diese Politik auch heute noch für richtig. Wir haben die Regierung auf die Bahn gedrängt, die wir für richtig halten. Allerdings scheint es mir, als wenn jetzt der Zeitpunkt nahe ist, wo auch ein Rechtskabinett die große Linie dieser Politik gar nicht verlassen kann, selbst wenn es sie verlassen wollte. Die Dinge haben ihre eigene Logik. Ökonomie und Wirtschaft brechen sich letzten Endes Bahn, auch allen Parteien gegenüber. In England schlägt man jetzt aus einem Interesse einen anderen Ton gegenüber dem Deutschen Reich an als vor Jahr und Tag, und noch bei dem Londoner Ultimatum. Aber innenpolitisch hat diese Tatsache auf die Koalitionsparteien dieses Hauses die Wirkung gehabt, daß sie heute der Auffassung sind, sie brauchen die Rechtssozialisten nicht mehr in der Realisierung als Stütze gegen über dem Proletariat. Sie brauchen ihr gegenüber keinerlei Entgegenkommen mehr zu zeigen in den wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen des Proletariats. Unser Antrag bezieht sich schließlich auf die Frage, die hier jetzt beraten worden ist nicht auf die allgemeine Politik der Regierung, sondern nur auf die Außenpolitik. Wir haben deshalb kein allgemeines Vertrauensvotum gestellt. Wenn nun in dieser Situation über die Regierungsparteien einen Antrag einbringen, der sich nicht mit der allgemeinen Politik der Regierung beschäftigt, sondern sich schließlich auf den Außenbereich bezieht, so ist es eine letzte Selbstverständlichkeit, daß wir das Verhalten der Regierung nicht billigen. Denn der Antrag der Koenen hat, daß Sie ihre eigene Regierung kürzen, dann sind Sie verantwortlich und niemand anders.

(Lachen.) Wir werden selbstverständlich gegen den Vertrauensantrag stimmen. Wir mißbilligen die scharfmacherischen Erklärungen aufs allerentschiedenste. Ich frage Sie von der rechtssozialistischen Partei: Haben Sie nicht seit Wochen und monatelang verhandelt mit der Sinnespartei (Hu. ha.) um mit ihr gemeinsam eine Regierung zu bilden? Wenn wir ein Rechtskabinett bekommen, wird dieses das ganze Proletariat zusammenkommen lassen, zusammenkommen gegen dieses Rechtskabinett, und im einheitlichen geschlossenen Kampf wird sich der Widerstand der Bevölkerung gegen Kapitalismus, gegen Ausbeutung und Unterdrückung (wilder Sturm) am wirkungsvollsten erheben. (Lebhaftes Bravo bei den U. S.)

Präsident Pöhl: Ich werde zuerst über das Vertrauensvotum der Regierungsparteien abstimmen lassen. Sollte der Vertrauensantrag angenommen werden, sind die anderen Vertrauensvotum anträge erledigt. Sollte der Vertrauensantrag abgelehnt werden, wären sie erst recht erledigt, weil dann die Regierung das Vertrauen des Reichstags nicht mehr besitzt und zurücktritt.

Abg. Ledebour (U. S. P.): Wir bitten Sie, dem Wunsche des Präsidenten nicht zu entsprechen, sondern die einzelnen Anträge, die von unserer Partei und den anderen gestellt worden sind, vor dem Vertrauensantrag der Regierungsparteien zur Abstimmung zu bringen. Unser Antrag enthält eine genau detaillierte Präzisierung dessen, was wir an dem Verhalten der Regierung auszuweisen haben. Aus diesem Grunde halte ich es für notwendig, daß unser Antrag vor dem allgemeingehaltener Antrag der Regierungsparteien abgestimmt wird. Damit befürworten wir selbstverständlich die Abstimmung über die anderen Anträge, denn erst aus diesen verschiedenen einzelnen Abstimmungen geht ein wirklich klares Bild der Stimmungen und der Anschauungen des Hauses hervor.

Die Mehrheit des Hauses entscheidet sich für den Vorschlag des Präsidenten.

Abg. Veit (B. P.): erklärt im Namen seiner Fraktion: Die gestellten Vertrauensanträge lehnen wir ab mit Rücksicht auf die Fortführung der Außenpolitik, deren Linie wir nicht unterbrochen wollen sehen. Mit der Erklärung der Regierung zum Eisenbahnerstreik sind wir einverstanden. Der Innenpolitik des Reichsfanzlers können wir vor allem, soweit sie sich auf Bayern bezieht, nicht in allen Teilen zustimmen. Wir werden uns deshalb der Abstimmung enthalten.

Abg. Müller-Franken (Soj.): Der Erklärung unseres Genossen Veit vor Sonnabend haben wir nichts hinzuzufügen. Es wurde behauptet, aus den Reihen des Deutschen Eisenbahnerverbandes würden ebenfalls Leute massenhaft gemahregelt. Wie ich höre, stimmt das nicht. Ferner wird mir mitgeteilt, daß auch die Behauptung, Telegraphenarbeiter seien gemahregelt worden, nicht richtig ist. Jedenfalls erwarten wir, daß genau nach den Richtlinien verfahren wird. Eins aber will ich hier recht deutlich feststellen: wenn es sich darum handelt, daß den Gemahregelten geholfen werden soll, dann kommen die Leute zu uns. (Große Unruhe links.) Sie (noch links) wissen ganz genau, daß mit bloßen Reden von der Tribüne den Gemahregelten noch lange nicht geholfen ist. Wer nicht mit Blindheit geschlagen ist, muß doch sich klar darüber sein, daß heute hier das Kabinett vor allem aus außenpolitischen Gründen gestützt werden soll. Und Sie (nach links) haben heute hier die Einheitsfront mit Sinnes gebildet zum Sturz der Regierung. (Beifall bei den Soj. und in der Mitte.)

Abg. Marx (Ztr.): Der Abg. Dr. Hergt hat eine Interpretation unseres Antrages verlangt. Der Reichsfanzler erklärte, daß er diesen Antrag billige. Ueber die äußere Form des Vertrauensvotums befragt die Verfassung nichts. Unser Antrag hat schon die richtige Auslegung gefunden. Das Votum geht weit über die Bedeutung der Streikfrage hinaus. Wird die Regierung gestürzt, stehen neue Sanktionen bevor. (Stürmischer Widerspruch rechts.) Wer die Regierung stürzt, trägt schwere Verantwortung.

Die Aussprache ist geschlossen, es folgt die Abstimmung. Der Präsident stellt fest, daß zunächst über den Vertrauensantrag der Regierungsparteien abgestimmt wird. Sollte er angenommen werden, sind die anderen Anträge erledigt.

#### Annahme des Vertrauensvotums

Mit 220 gegen 185 Stimmen wird das Vertrauensvotum in namentlicher Abstimmung vom Reichstag angenommen. 16 Abgeordnete haben sich der Abstimmung enthalten. Im ganzen haben abgestimmt 421 Abgeordnete. Für das Vertrauensvotum stimmten Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, dagegen stimmten Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, die Unabhängigen und die beiden kommunistischen Gruppen.

Das Ergebnis der Abstimmung wird bei den Regierungsparteien mit lebhaftem Beifall und Handklatschen aufgenommen.

Die kommunistischen Anträge auf Rückgängigmachung der Disziplinierungen usw. werden gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt.

Vor und nach der Abstimmung wurde über das Reichsmietengesetz debattiert.

#### Reichsmietengesetz

Abg. Vahr-Frankfurt (Dem.): Bei der Erregung, die ohnehin in unserer Bevölkerung vorherrscht und die selbstverständlich am stärksten in jenen Kreisen, die unter der Last am schwersten zu kämpfen haben, dürfen wir es nicht wagen, zu dem Mangel an Wohnungen für eine Million Familien noch eine wahnwitzige Steigerung der Mieten kommen zu lassen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß auch das Eigenium sich Beschränkungen gefallen lassen muß.

Abg. Jand (B. P.): Das Gesetz ist nicht nur besonders zentralistisch, sondern auch außerordentlich bürokratisch. Es ist nicht aufgebaut durch irgendwelche Praxis, und auch nach dem Urteil Sachverständiger absolut undurchführbar. Das vorliegende Gesetz lehnen wir ab.

Ministerialdirektor Dr. Ritter: Eine Verletzung der Reichsverfassung kommt überhaupt nicht in Frage. Was die Durchführbarkeit des Gesetzes anbelangt, so darf ich darauf hinweisen, daß der Reichswirtschaftsrat ihm zustimmt hat, der Reichswirtschaftsrat, dem Vertreter aller Länder angehört. Man kann also nicht sagen, das Gesetz sei in Berlin gemacht. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß, wer Neubauten auführt, überhaupt von den Bestimmungen dieses Gesetzes frei ist.

Abg. Tenber (K. A. G.): Ein Gesetz, das den Mietern nicht mehr Rechte zuerkennt, wie das vorliegende, wird weiße Seife sein, wie seinerzeit das Gesetz über die Sicherheitsmänner im Bergbau. Wir verlangen, daß den Mietern viel weitergehende Rechte gegeben werden.

Die Fortsetzung der zweiten Lesung des Reichsmietengesetzes bringt noch die Abg. Hensmann (Komm.), Budahn (Dn.), Neumann (Ztr.) und Bettin (Ztr.) mit kurzen Ausführungen zu Worte. Danach wird die Aussprache geschlossen.

Nächste Sitzung morgen Donnerstag 2 Uhr: Deutsch-schweizerischer Schiedsgerichtsvertrag, Kleine Vorlagen.

#### Wie sich die Mehrheit für das Kabinett zusammensetzt

Die amtliche Nachweisung über die gestrige namentliche Abstimmung im Reichstags liegt noch nicht vor, doch ist nach Mitteilungen, die über die Anwesenheitsverhältnisse und die Abstimmung der einzelnen Fraktionen zu erhalten waren, die Mehrheit von 220 Stimmen für das Kabinett folgendermaßen zustand gekommen: Es haben für die Regierung gestimmt: 107 Rechtssozialisten, 67 Zentrum, 88 Demokraten, 4 Bauernbund, 2 Welfen und 2 Mitglieder der Bayerischen Volkspartei. Die Minderheit von 185 Stimmen besteht aus Deutsch-nationalen, Deutscher Volkspartei, Unabhängigen und Kommunisten.

#### Keine Verhandlungen mit dem Reichsfanzler

Die Unabhängige Fraktion hatte am Dienstag abend den von uns in der gestrigen Morgenausgabe wiedergegebenen Beschluß gefaßt, ihn den Rechtssozialisten mitgeteilt und sich bereit erklärt, mit dem Reichsfanzler Dr. Wirth darüber zu verhandeln. Gegen Mittag trichteten die Rechtssozialisten, daß der Reichsfanzler zu Verhandlungen bereit sei. Der „Vorwärts“ berichtete sogar in seiner gestrigen Abendausgabe, daß die Genossen Crispian und Ledebour mit dem Reichsfanzler verhandelt hätten. Diese Mitteilung ist nicht richtig. Nachdem die bürgerlichen Regierungsparteien jede Aenderung ihres Vertrauensantrages abgelehnt hatten, erklärten es anscheinend auch dem Reichsfanzler

unmüßig, wegen der weiteren Bedingungen der Unabhängigen Fraktion mit ihren Vertretern zu verhandeln.

#### Die „ehrlichen“ Biedermänner

Die Deutsche Volkspartei veröffentlicht eine Erklärung über die Beratungen in der Reichstagskanzlei mit den Regierungsparteien. Die Erklärung enthält die Mitteilung, die Vertreter der Deutschen Volkspartei hätten erklärt, daß nach ihrer Auffassung die Frage des Mißtrauensvotums nur dann neu erörtert werden könne, wenn sich noch vor der Abstimmung eine neue Regierung gebildet habe.

Auch jetzt wieder versuchen also die gerissenen Geschäftsmacher der Deutschen Volkspartei ihrer Erpresserpolitik ein sachliches Mäntelchen umzuhängen. In Wirklichkeit haben sie die Verhandlungen nur benutzten wollen, um dem Strebertum gewisser Persönlichkeiten in ihrer Partei Vorhub zu leisten und ihnen in Wege stehende unehrliche Personen hinterhältig zu beseitigen. So sehen die Leute aus, die vorgeben, nur eine Richtschnur zu haben: das Vaterland über die Partei.

#### Ist das wahr?

Nach einer Meldung Pariser Morgenblätter vom 15. Februar sind im Saargebiet am vorhergehenden Tage die beiden in Berlin verhafteten Spanier, die des Mordes an dem spanischen Ministerpräsidenten Dato beschuldigt werden, von der deutschen Polizei an die französische Polizei ausgeliefert worden.

Als am Dienstag die Kleine Anfrage über die Auslieferung der beiden Spanier im Preussischen Landtage erörtert wurde, erklärte der Vertreter der Regierung, daß die Angelegenheiten noch nicht abgeschlossen seien. Wir fragen nun die Regierung: Ist die Pariser Meldung zutreffend, sind die beiden Spanier ausgeliefert worden oder nicht? Eine schleunige Klärstellung ist schon im Interesse der Regierung dringend geboten.

#### Hermes bestritten

Reichsminister Dr. Hermes sendet uns folgende Beantwortung:

„In der „Freiheit“ Nr. 77 vom 15. Februar 1922 wird im Anschluß an Kombinationen des „Uhr-Abendblattes“ behauptet: „Herr Hermes hat in der Tat Fählung mit den Rechtsparteien, um an die Spitze einer etwa durch die Reaktion gebildeten Regierung zu treten.“

Diese Mitteilung ist völlig aus der Luft gegriffen. Ich habe niemals derartige Verhandlungen oder Besprechungen mit irgendwelchen Parteien oder Vertretern von Parteien geführt oder irgendeine Fählung in dieser Richtung gehabt. Wer eine gegenteilige Behauptung aufstellt, ist ein Verleumder.“

Diese Zuschrift kennzeichnet die Eisen Richtigkeit von Hermes. Er bestritten, was alle Spähen von den Dächern pfeifen und wagt es sogar, andere deswegen der Verleumdung zu zeihen. Sein Abblöschungsvorwurf wird aber trotzdem kaum irgendwelchen Glauben finden, denn man kennt ebensogut seine Scharfmacherei, wie seine offene Gegnerschaft der Erfüllungspolitik des jetzigen Kabinetts.

#### Ausperrung in Dänemark

Kopenhagen, 15. Februar.

Die angekündigte große Ausperrung ist gestern abend in Kraft getreten. Die Ausperrung umfaßt über 100000 Arbeiter, dazu kommen etwa 90000 Arbeitslose. Die Vereinigung der Arbeitgeber hat eine Reihe weiterer Ausperrungen für solche Arbeiterorganisationen ihrer Betriebe angekündigt, die bisher nicht betroffen waren. Die Arbeiterorganisationen ihrerseits kündigten den Streik für eine Reihe von Unternehmen an, die von der Ausperrung ausgenommen waren. Die staatliche Schlichtungsbehörde macht heute den Versuch, die Parteien einander näher zu bringen.

#### Faschistische Krawalle in Fiume

Triest, 15. Februar.

Nach Meldungen aus Fiume kam es dort gestern zu neuen Unruhen. Gegen vier Uhr nachmittags überfielen Faschisten mit Bomben und Gewehrfeuer das Polizeiamt. Es entwickelte sich ein blutiger Kampf, in dem es auf beiden Seiten mehrere Tote und Verwundete gab. Die Faschisten räumten einen Wagon mit für die Polizei bestimmten Uniformen aus, übergoßen die Uniformen mit Petroleum und Benzin und steckten sie in Brand. Die Bevölkerung befindet sich in großer Unruhe. Viele Familien wollen flüchten, die Faschisten haben jedoch die Ausgänge der Stadt mit Patrouillen besetzt.

#### Erhöhte Erwerbslosenunterstützung

Mit Zustimmung der Reichsregierung werden vom 13. Februar 1922 ab für das preussische Staatsgebiet folgende neue Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung in Geltung gesetzt:

in den Orten der Ortsklassen

	A	B	C	D und E
1. Für männliche Personen				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben . . .	18,50	17,00	15,00	12,50
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben . . . . .	15,00	13,50	12,00	10,00
c) unter 21 Jahren . . . . .	10,00	9,00	8,00	7,00
2. Für weibliche Personen				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben . . . . .	15,00	13,50	12,00	10,00
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben . . . . .	10,00	9,00	8,00	7,00
c) unter 21 Jahren . . . . .	8,00	7,25	6,25	5,25
3. Als Familienzuschläge für				
a) den Ehegatten . . . . .	8,75	7,75	6,75	5,50
b) die Kinder und sonstige unterstützungsbedürftige Angehörige . . . . .	7,50	6,75	6,25	5,00

Anlaß für die Erhöhung der Unterstützungssätze ist die Erhöhung des Brotpreises, die etwa Mitte dieses Monats eintreten wird und die allgemeine Steigerung der Lebenshaltungskosten, die sich in den letzten Wochen vollzogen hat.

Keine Militärbeschlagnahmungen der Länder mehr. Entgegen anders lautenden Meldungen wird von amtlicher Seite mitgeteilt, daß die einzelnen Länder keine Militärbeschlagnahmungen beim Reich mehr unterhalten.

Die Aussprache über die Not der Gemeinden wird fortgesetzt. Ministerialdirektor v. Müller (Finanzminister): Die meisten Gemeinden haben die Beträge für 1920 bereits erhalten.

Abg. Dr. Bepf (U.S.P.)

Die Not der Gemeinden ist eine Folge des Krieges. Ganz besonders leiden die Gemeinden auch an den Schulden, die das Reich bei ihnen gemacht hat. Das Reich schuldet z. B. der Stadt Berlin über 727 Millionen Mark.

Das soziale Elend der Großstadt

Ist unerträglich; eine gewaltige Steinerneuerung wird es weiter steigern. Die Bevölkerung sieht mit der Gemeinde in viel innigerem Konnex als mit der Reichs- und Staatsregierung.

Kommunalisierung?

Man hört von ihr ebenso wenig mehr wie von der Sozialisierung. Bezeichnenderweise hat der Abg. Hirsch von der rechtssozialistischen Partei — wohl mit Rücksicht auf seine Koalitionstreue von der Deutschen Volkspartei — kein Wort von der Kommunalisierung gesprochen.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Goll (Dem.) und König (Komm.) werden die Anträge dem Gemeindeauschuss überwiesen. Darauf wird die Beratung der deutschen nationalen Anträge über Entschädigung der aus Polen vertriebenen Ansiedler fortgesetzt.

Abg. Klauzner (U. Soz.): Der Staat ist zu arm und kann hier nicht helfen. Das können nur die Großgrundbesitzer, und wir wundern uns, daß sie es noch nicht freiwillig getan haben.

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf: Wir sind einig in der Auffassung, daß wir die moralische Verpflichtung haben, unseren vertriebenen Landsleuten zu helfen.

Durchführung der staatlichen Polizeiverwaltung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Abg. Dr. v. Dreyander (Dntl.) stimmt dem Entwurf zu.

Abg. Otter (U. Soz.): Es ist ein Verstum der Regierung, durch die Vermehrung der Schupo in Rheinland-Westfalen Ruhe und Ordnung aufrechterhalten zu wollen.

Darauf wird die Aussprache abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 12 Uhr: Weiterberatung, Kleine Vorlagen. — Schluß 5 1/2 Uhr.

Eine Generalversammlung der Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiter bejahte sich am Dienstag mit dem Thema: „Die Lage nach dem Streik“. Vor Eintritt in die Verhandlungen forderte ein Antrag zur Geschäftsordnung, daß der Vorsitzende des „Vorwärts“ wegen der Haltung des „Vorwärts“ während des Streiks der städtischen Arbeiter aus dem Saal ausgewiesen werden solle.

Polenske wandte sich gegen den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß mit der Annahme des Antrags den städtischen Arbeitern ein verächtlich schlechter Dienst erwiesen sei.

Hierauf ergriß das Wort zu der „Situation nach dem Streik“ Genosse Lagodschinski. Nach einer Schilderung des Kampfes der städtischen Arbeiter während des Kapp-Putsch kam der Redner zu der Feststellung, daß die Eisenbahner und städtischen Arbeiter in ihrem letzten Kampfe gesiegt haben.

Der Redner wies darauf hin, daß unter Umständen die Hauptvorstände der beteiligten Organisationen einen Streik nicht sanktionieren würden. Die Kollegenchaft war jedoch so vermessend, dieses Argument als nicht wichtig beiseite zu schieben.

Dann kam der Spruch des Arbeitsministeriums. Die Stimmung in der damaligen Versammlung war beeinflusst von Leuten, die sich unbedingterweise zu der Versammlung Zutritt verschafft hatten.

Bei allen Beschlüssen und Verhandlungen der Spitzenorganisationen wurde die Streikleitung der städtischen Arbeiter nicht gezogen. Es wäre bei dieser Situation besser gewesen, wenn bereits am Montag der Abbruch des Streiks beschlossen worden wäre.

In einem ausführlichen Referat führte dann Polenske u. a. aus: Die städtischen Arbeiter sind unterlegen, weil ihnen Faktoren entgegenstanden, denen gegenüber ihre Macht zu schwach war.

Als Gegner standen ihnen in erster Linie der Magistrat und die Verwaltungen gegenüber. Der Erfolg wurde auch dadurch in Frage gestellt, daß sich die Arbeiterpresse nicht restlos auf unserer Seite hatten.

Die städtischen Arbeiter sind unterlegen, weil sie die Zusammenhänge nicht erkannten. Bei der Haltung dieser beiden Zeitungen muß berücksichtigt werden, daß S. P. D. und U. S. P. D. im Magistrat die Mehrheit haben und diese beiden Zeitungen fühlten sich verpflichtet, die Politik zu decken, die ihre Vertreter in der Kommune für die richtige hielten.

Die städtischen Arbeiter sind unterlegen, weil ihnen Faktoren entgegenstanden, denen gegenüber ihre Macht zu schwach war. Als Gegner standen ihnen in erster Linie der Magistrat und die Verwaltungen gegenüber.

Die städtischen Arbeiter sind unterlegen, weil sie die Zusammenhänge nicht erkannten. Bei der Haltung dieser beiden Zeitungen muß berücksichtigt werden, daß S. P. D. und U. S. P. D. im Magistrat die Mehrheit haben und diese beiden Zeitungen fühlten sich verpflichtet, die Politik zu decken, die ihre Vertreter in der Kommune für die richtige hielten.

Die städtischen Arbeiter sind unterlegen, weil sie die Zusammenhänge nicht erkannten. Bei der Haltung dieser beiden Zeitungen muß berücksichtigt werden, daß S. P. D. und U. S. P. D. im Magistrat die Mehrheit haben und diese beiden Zeitungen fühlten sich verpflichtet, die Politik zu decken, die ihre Vertreter in der Kommune für die richtige hielten.

technischen Leistungen wurden nicht von der Nothilfe, sondern von den Mitgliedern des Bundes der technischen Angestellten und Beamten und dem Werkmeisterverband vollbracht.

Früher vertraten wir den Grundgedanken, daß die städtischen Arbeiter ein großes Interesse daran haben, die kommunalen Betriebe so zu halten, daß der Gedanke der Kommunalisierung marschiert. In großen Kreisen der städtischen Arbeiterchaft ist im Laufe der letzten Jahre diese Auffassung nicht mehr vorhanden gewesen.

Nach dem Schiedspruch konnten die Funktionäre eigentlich nicht mehr einen Streikbescheid lassen.

Bei uns liegt ein großer Teil Schuld. Diesen Kollegen ist die Stärke der städtischen Arbeiter so in den Kopf gestiegen, daß sie nicht mehr wußten was sie anfangen sollten. Das Wort, daß der sozialistische Magistrat schlechter sei, als irgend ein bürgerlicher, ist nicht wahr.

Als Funktionäre der Filiale gesten die Mitglieder der Ortsverwaltung, die Bezirksleiter und ihre Stellvertreter, Branchensekretäre und deren Stellvertreter, die Vorsitzenden der Betriebsräte und die auf Grund des Betriebsrätegesetzes gewählten Betriebssekretäre.

In der Diskussion wendet sich Hoffmann gegen die Mitglieder, die namentlich aus dem Verband ausscheiden wollen. Er spricht bestimmt die Erwartung aus, daß die Generalversammlung dem Antrag betreffend Extrabestände zustimmt.

Die städtischen Arbeiter sind unterlegen, weil sie die Zusammenhänge nicht erkannten. Bei der Haltung dieser beiden Zeitungen muß berücksichtigt werden, daß S. P. D. und U. S. P. D. im Magistrat die Mehrheit haben und diese beiden Zeitungen fühlten sich verpflichtet, die Politik zu decken, die ihre Vertreter in der Kommune für die richtige hielten.

Die städtischen Arbeiter sind unterlegen, weil sie die Zusammenhänge nicht erkannten. Bei der Haltung dieser beiden Zeitungen muß berücksichtigt werden, daß S. P. D. und U. S. P. D. im Magistrat die Mehrheit haben und diese beiden Zeitungen fühlten sich verpflichtet, die Politik zu decken, die ihre Vertreter in der Kommune für die richtige hielten.

Die städtischen Arbeiter sind unterlegen, weil sie die Zusammenhänge nicht erkannten. Bei der Haltung dieser beiden Zeitungen muß berücksichtigt werden, daß S. P. D. und U. S. P. D. im Magistrat die Mehrheit haben und diese beiden Zeitungen fühlten sich verpflichtet, die Politik zu decken, die ihre Vertreter in der Kommune für die richtige hielten.

Die städtischen Arbeiter sind unterlegen, weil sie die Zusammenhänge nicht erkannten. Bei der Haltung dieser beiden Zeitungen muß berücksichtigt werden, daß S. P. D. und U. S. P. D. im Magistrat die Mehrheit haben und diese beiden Zeitungen fühlten sich verpflichtet, die Politik zu decken, die ihre Vertreter in der Kommune für die richtige hielten.

Die städtischen Arbeiter sind unterlegen, weil sie die Zusammenhänge nicht erkannten. Bei der Haltung dieser beiden Zeitungen muß berücksichtigt werden, daß S. P. D. und U. S. P. D. im Magistrat die Mehrheit haben und diese beiden Zeitungen fühlten sich verpflichtet, die Politik zu decken, die ihre Vertreter in der Kommune für die richtige hielten.

Die städtischen Arbeiter sind unterlegen, weil sie die Zusammenhänge nicht erkannten. Bei der Haltung dieser beiden Zeitungen muß berücksichtigt werden, daß S. P. D. und U. S. P. D. im Magistrat die Mehrheit haben und diese beiden Zeitungen fühlten sich verpflichtet, die Politik zu decken, die ihre Vertreter in der Kommune für die richtige hielten.

Die städtischen Arbeiter sind unterlegen, weil sie die Zusammenhänge nicht erkannten. Bei der Haltung dieser beiden Zeitungen muß berücksichtigt werden, daß S. P. D. und U. S. P. D. im Magistrat die Mehrheit haben und diese beiden Zeitungen fühlten sich verpflichtet, die Politik zu decken, die ihre Vertreter in der Kommune für die richtige hielten.

Die städtischen Arbeiter sind unterlegen, weil sie die Zusammenhänge nicht erkannten. Bei der Haltung dieser beiden Zeitungen muß berücksichtigt werden, daß S. P. D. und U. S. P. D. im Magistrat die Mehrheit haben und diese beiden Zeitungen fühlten sich verpflichtet, die Politik zu decken, die ihre Vertreter in der Kommune für die richtige hielten.

Lebensmittel

- Frisches Fleisch
Suppenfleisch Pfund 14.00
Schmorfleisch mit Knochen Pfund 16.00
Goulasch Pfund 17.00
Ka'b-Vorderfleisch Pfund 14.00
Kalbs-Keule Pfund 16.00
Gehacktes Pfund 15.00
Schweinefleisch Pfund 20.00
Rindfleisch ohne Knochen, gefroren Pfund 9.50
Rinderherzen gefroren Pfund 9.00

- Margarine Pfund 24.00
Speisefett Pfund 26.00
Rinderfett Pfund 26.00
Marmelade Pfund 6.50
Bohnen in Schweine Fett 350 Dose
Harzer Käse Pfund 15.00
Brie-Käse Pfund 18.00
Tafelkäse (nach Neuchâtel) 2.95
Camembert Stück 6.75

- Monopol-Branntweine
Kümmel Flasche 31.00
Klarer Flasche 31.00
Aquavit Flasche 34.00
Stonsdorfer Flasche 39.00
Kakao (Deutscher) garantiert rein Pfund 28.00
Kunsthonig Pfund 6.80

- Weizenmehl Pfund 6.98
Tafelreis Pfund 7.95
Weiße Bohnen Pfd. 4.90
Gerste (gebrannt) Pfd. 7.20
Grüne Heringe Pfund 5.90
Gans auf Reis Dose 7.50
Rindfleisch ca. 2 Pfd. Dose 25.50
Salzbohnen Pfund 1.50
Salzheringe groß Stück 85 Pfund

- Briefblock Quartformat 6.50
100 Briefbogen 6.95
100 Umschläge mit Leinwand 6.95
Küchenrolle ca. 10 Meter 3.95
Papierservietten 100 Stück 9.50
Toilettenpapier große Rolle 3.95

Jandorf



# Ein Stück ältestes Berlin

## Die Straßen der Märzrevolution

Wer sich nicht des näheren mit der Geschichte Berlins befaßt hat, wird, wenn er diese Stadt durchwandert, nicht glauben wollen, sich an einem Orte zu befinden, der bereits 1298 lebhaften Handel betrieb. (Wie alt Berlin überhaupt ist, darüber haben sich die Geschichtsforscher seit jeher zwar gestritten, aber genau festgestellt hat es bisher noch niemand.) Kaum ein Zeichen erinnert an alte längst vergangene Zeiten, kein reizvolles Spitzgiebelhaus ist uns erhalten, keine malerischen, traumverlorenen Gassen kann man in Berlin betreten, wie Danzig sie hat und Breslau oder Hildesheim, München, Speyer oder Nürnberg. Alles fast in Berlin ist fast und nüchtern und „modern“. Man hat seit jeher in Berlin ohne Schonung und vernünftige Schätzung des Wertvollen vergangenen Jahrhunderts niedrigeren, Persönliches im Baustil rücksichtslos niedergelegt, Unpersönliches hingeparkt und „Kassette“ aufgeschliffen. Man darf nun aber befehle aus dieser Zerströmungswut aller, kulturell kostbarer Häuser nicht die Folgerung ziehen, daß man in Berlin den Fortschritt stets geliebt hat. In Berlin und in Preußen überhaupt, wurde vielmehr, wie männiglich bekannt, der besüßelte Rückschritt und der gehemmte Fortschritt gelobt und danach das Leben eingerichtet.

So unsicher nach verschiedenen Richtungen auch noch immer die Berliner Forschung über das Alter Berlins sein möge, dieses darf man gewiß als bestimmt und bewiesen hinstellen, daß der Marktplatz der Markt und Mittelpunkt des ältesten Berlins gewesen ist. Hier hat auch gewiß das älteste Berliner Rathaus gestanden. Der Markt ging damals hinunter bis an die Spree, die hier breit und buchtartig war und den Krügel, einen fastenähnlichen Einschnitt bildete, wo die Spreekähne lagen und löschten, die in der Hauptsache Salz brachten. Die Wasserseite des Marktes hieß darum auch „bei der Salzhalde“. Der Krügel wurde später zugeschüttet und wahrscheinlich im 16. Jahrhundert als Hofstraße eingerichtet, damit bei Feuersgefahr die Wasserwagen bequemer und leichter an die Spree gelenkt werden konnten. Um diese Zeit sind auch die Häuser am Krügel aufgebaut, die heute noch stehen. Geht man in eines dieser Häuser hinein, mit den finsternen Fluren, den abgetretenen Treppentufen, die wie die ausgefranzen Holzen eines alten, armen Mannes anmuten, schlägt einem der Atem einer alten, abgelebten Zeit entgegen, beklemmend und beengend. Und an diesen Höflichkeit, an diesen Gebäuden, die viel Rot und Elend in ihren schwarzen Mauern erlebt haben, gurgelt die schmutzige Spree vorüber.

Der Handel Berlins breitete sich immer mehr aus und es entstanden immer neue Handelsplätze, oder Kramhäuser, wie man damals sagte. In der Spandauer Straße, der Königsstraße und in der Breiten Straße, deren schönster architektonischer Schmuck dann später das Ermleische Haus, Breite Straße 11, wurde. Bald erwies sich auch die Notwendigkeit, neben dem alten Marktplatz, dem Molkenmarkt, einen zweiten, den Neuen Markt, anzulegen. Auch er beschloß eine direkte Zufahrt zur Spree durch einen Kanal, der die Kleine Burgstraße hieß, die heute nicht mehr vorhanden ist. Ebenso wie der Krügel, wurde später auch dieser Kanal zugeschüttet und bebaut. Die neue Straße erhielt den Namen Wassergasse, eine Zeitlang auch Frauengasse genannt, und hatte einen sehr schlechten Ruf, weil hier die Frauen wohnten, „so an der Unehre sitzen“. Als dann die Kaiser-Wilhelm-Straße angelegt wurde, verschwand dieser Teil des alten Berlin, und die Frauen „an der Unehre“ mußten auswandern in die Nähe des Alexanderplatzes nach dem Königsgraben, da wo einst Lessing bei seinem Berliner Aufenthalt gewohnt hat. Die nach so fromme Kaiserin Augusta veranlaßt schließlich, daß die „öffentlichen Häuser“ am Königsgraben, aber an der Königsmauer, wie man auch sagte, geschlossen wurden. Daher kommt es, daß heute „Frauen an der Unehre“ über ganz Berlin verstreut und verstreut wohnen!

Der Große Kursfürst interessierte sich sehr für den Handel Berlins und auf sein Betreiben wurde die erste große Handelsniederlage, der Bachhof, erbaut. Die Niederlagstraße erinnert noch heute an diese Handelsniederlage. Ein lebhafter Handel wurde ferner in den längst verschwundenen Sogenhallen der Sieghausbahn getrieben, wo die Kaufleute ihre Waren aufzuliegen pflegten. Hier dürfte auch die erste Börse etabliert gewesen sein. Aber bald erwies es sich als eine Notwendigkeit, ein festes Börsenlokal zu besitzen. Auf Ansuchen wurde der Kaufmannsgilde zunächst ein Saal am Mühlendam m überwiesen, sie wanderte später nach der sogenannten Grotte am Lustgarten aus, um sich 1802 am Lustgarten die Börse bauen zu lassen, die unter dem

Namen Alte Börse bekannt geworden ist. Seit 1864 fanden dann die Börsensammlungen in der heutigen Börse an der Burgstraße statt. Die sogenannte Alte Börse mußte 1893 dem Umbau des Doms Platz machen.

Die hier genannten Straßen und Plätze bildeten den Kern Berlins, um den herum sich dann allmählich diese große Stadt erstallisierte. Von hier aus ging die Entwicklung zur Großstadt, namentlich aber nach dem deutsch-französischen Feldzug so rapide, so planlos in der Anlage der Straßen und Plätze, so roh in der architektonischen Gestaltung, daß man noch heute darüber erschrecken muß.

Und seltsam. In vielen dieser Straßen, deren Handel und Regsamkeit zur Entwicklung, zum Vormarschkommen so wirksam beigetragen haben, standen und fielen auch die Kämpfer der 1848er März-Revolution, deren Andenken bald wieder gefeiert werden kann. Auch diese Männer und Frauen wollten vorwärts kommen, wollten sich befreien von Drud und Kneue. Sie ersehnten zwar einen Sieg, aber sie wurden vom König um die Früchte des Sieges betrogen, wie ja dann Fürsten und „allerhöchste“ Herren das Volk immer nur belogen und betrogen haben. Gefämpft wurde hier in Alt-Berlin, ausging aber die Bewegung vom Tiergarten, von den Zelten, wo sich die Berliner Lichtfreunde versammelten, Reden und Ansprachen hielten. Die Berliner Volkstür war zwar bald auf diese revolutionäre Atmosphäre aufmerksam geworden und trieb die Versammlungen auseinander, aber sie hat es nicht verhindern können, daß das Volk aufstand und der Sturm losbrach. Am 18. März fielen die ersten Opfer. Von den Soldaten der Neuen Wache, die damals noch kein Gitter hatte, wurden zwei Männer erschossen und am 18. März brach die Revolution aus. Berlin beschloß damals 204 Polizeibeamte und 400 000 Einwohner. Auf dem Schloßplatz und in der Breiten Straße gab es Tote und Verwundete als das Militär auf Befehl des Königs, „damit dem Stand ein Ende gemacht werde“, die Straßen säuberte. Am Nachmittag entstanden in der Königsstraße ein Dutzend mauerwerk gebauter Barricaden, die von Alt und Jung, Männer und Frauen auf das heldenmütigste verteidigt wurden. Die bedeutendste aber unter allen damaligen Barricaden war die Barricade am Ausgang der Breiten Straße nach dem Köllnischen Fischmarkt zu. Sie war acht Fuß hoch und war aus das beste von Schülern, Arbeitern und Studenten, besetzt. Erbittert mußten die Soldaten kämpfen, bevor sie das Bollwerk erklimmen hatten. Von den Fenstern des Schlosses sahen der König und Prinz Wilhelm, der spätere Kaiser Wilhelm I. dem Kampf, wie einem interessanten Schauspiel zu. Sehr heftig war auch der Kampf am und um den Alexanderplatz, während die Barricaden in der Jäger- und Friedensstraße von den Soldaten bald erobert wurden. Am 19. März zogen die Truppen ab aus Berlin, die Revolution hatte gesiegt. Ein Flugblatt, mit einer Bismarck geschnitten, zwei verschlungenen, von der Sonne beschienene Hände über Wolken, verberstliche in einem Gedicht die Kämpfer der Revolution. Die erste Strophe dieses Gedichtes lautete:

„Heil Euch im Siegertranz,  
Söhne des Vaterlands,  
Heil fortan Euch!  
Ja, in der Waffen Kraft,  
Siegt, was uns Freiheit schafft,  
Die uns zum Glücke führt.  
Heil, ewig, Euch!“

In den Straßen des ältesten Berlin ist nicht das Samen- und Senfkorn für Freiheit und Fortschritt gesät worden. Das Schloß, der Markt und die Breite Straße haben blutige Kämpfe der November-Revolution gesehen. Auf welchem Platz, in welcher Straße des neuesten Berlin wird demaleinst die wahre Befreiung des Volkes von jeder Willkür verkündet werden?!

## Stadtverordnetenfraktion

Heute nachmittag findet um 4 Uhr eine dringende Fraktionssitzung im Zimmer 109 statt. Die Mitglieder der Fraktion werden ersucht, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

## Stimmengleichheit im Kreise Teltow

Die Kreisstagswahlen im Kreise Teltow am 12. Februar hatten folgendes Ergebnis: S. P. D. 9009 Stimmen, 7 Mandate (8), U. S. P. D. 7673 Stimmen, 6 Mandate (6), R. P. D. 3178 Stimmen, 2 Mandate (2). Demokraten 1949 Stimmen, 2 Mandate (2), Kreisgemeinschaft 17321 Stimmen, 13 Mandate.

date (12), außerdem die Gruppe Rowandes 313 Stimmen, kein Mandat. Die drei sozialistischen Parteien vereinigten somit auf sich insgesamt 19 800 Stimmen, denen nur 1583 bürgerliche Stimmen gegenüberstehen. Diese schwache Majorität der sozialistischen Stimmen kann leider keinen Ausdruck in der Verteilung der Mandate finden. Auf jeder Seite stehen jetzt genau gleich viel, nämlich 15 Abgeordnete, ein Ergebnis, das als ausgeglichener Erfolg gewertet werden kann. Insbesondere die U. S. P. kann mit diesem Ausgang der Wahlen zufrieden sein.

## Zwei Anfragen an den Magistrat

Die Stadtverordnetenfraktion unserer Partei wird in der heutigen Donnerstagssitzung folgende Anfragen an den Magistrat richten:

„Die Müllabfuhr ist seit Wochen gestört und es sind in hygienischer Beziehung unhaltbare Zustände eingetreten. Was gedenkt der Magistrat zu tun, um diesen Missetänden abzuhelfen?“

Ferner: Welche Straßenbahnlinien sind bisher infolge des Streiks eingezeichnet und was gedenkt der Magistrat zu tun, um den Verkehrsbehinderungen abzuhelfen?“

## Mittelalterliche Justizmethoden

### Um ein Geständnis zu erpressen.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Weidling standen sechs frühere Postauswärtiger und -auswärtigerinnen unter der Anklage der Amtsunterdrückung. Die Angeklagten haben aus den bei der Postanmeldestelle lagernden Sendungen verschiedene Gegenstände an sich gebracht. Während die Haupttäterin, die inzwischen in Geisteskrankheit verfallene Postauswärtigerin Rieckendorf, sofort eine große Reihe von Veruntreuungen einräumte und mit Rücksicht auf dieses Geständnis auf freiem Fuß verblieb, wurde eine von ihr begünstigte Auswärtigerin, wie in der Verhandlung festgestellt wurde, fünf Tage lang in Gemeinschaft mit mehreren Straßenbirnen in eine Zelle eingeschlossen. Als ihre Bekannten sich am vierten Tage nach ihrem Verbleib erkundigten, soll der vornehmende Kriminalbeamte erklärt haben, sie sei nunmehr zusammengedrückt und würde ohne Zweifel morgen ein Geständnis ablegen; dann würde ihrer Entlassung nichts mehr im Wege stehen. Am fünften Tage hatte ein Besucher eine Unterredung mit ihr, in der er sie beschwor, doch um alles in der Welt etwas zuzugeben, damit sie endlich erlöst würde.

Im Termin kritisierte R. A. Dr. Harry Vincus, der ihre Verteidigung führte, das Verhalten als ein ungeheuerliches mit klaren Worten, da es sich dem Wesen nach mit den Foltermethoden der mittelalterlichen Inquisition vollständig decke. Der Vorsitzende erklärte denn auch bei der Urteilsverkündung ausdrücklich, daß dieses Geständnis auf einem durchaus unzulässigen Wege zustande gekommen sei. In der Sache selbst erkannte das Gericht auf die geistliche Mindeststrafe von je drei Monaten Gefängnis und gewährte der Angeklagten die bedingte Begnadigung.

Der neue Weizenpreis. Das Ernährungsamt teilt mit, daß der Magistrat dem Beschluß der Ernährungsdeputation, vom 20. Februar ab den Preis für das Großbrot mit 2050 Gramm auf 13.80 Mark, und für die Schrippe von 50 Gramm auf 0.45 Mark, ferner für das Pfund Weizenmehl auf 4.20 Mark, und für das Pfund Roggenmehl auf 4.00 Mark festzusetzen, beigetreten ist. Das bedauerliche Ausmaß der Verteuerung ergibt sich bekanntlich aus der etwa 90 prozentigen Steigerung der Mehlpreise der Reichsgetreidestelle, welche Steigerung durch den Abbau der bisher vom Reich getragenen Brotverbilligungsgebühren hervorgerufen ist.

Die goldene Zigarettenkiste des Amerikaners. Ein amerikanischer Großindustrieller hatte von der Stadt Baltimore eine Goldkiste, die nach dem heutigen Stande des Goldpreises einen Wert von etwa 100 000 Mark repräsentiert, als Ehrengabe erhalten und auf ihrem Deckel war eine entsprechende Widmung eingraviert. Ein ungetreuer Diener des Großindustriellen hatte die Goldkiste, in der sich auch noch Juwelen befanden haben sollen, gestohlen und sie an einen Matrosen verkauft. Von diesem erwarb sie auf dem Schiffe ein Bruder des Berliner Schneidemeisters Bleiweiß, und so kam der goldene Schatz nach Deutschland. Hier ist er schließlich von Bleiweiß für 14 000 Mark erworben worden. Die Widmung auf der goldenen Kiste war schon vorher beseitigt worden. — Gestern fanden alle in der Affäre Beteiligten vor Gericht. Sie wurden freigesprochen, mit Ausnahme von Bleiweiß, dessen Sache abgetrennt wurde, um zu prüfen, ob § 31 StGB. bei ihm in Anwendung zu bringen sei. Die Goldkiste wird nunmehr dem Bestohlenen wieder zugestellt werden.

# Unter fremden Menschen

Ron Magim Gorli

Eingig autorisierte Übersetzung von August Scholz

Amerikanisches Copyright 1918 by Harper & Co., Berlin.

(2. Fortsetzung)

„Recht so“, sagte er ruhig, ohne eine besondere Freude zu bezeigen. „Wirst du aber auch Wort halten? Nun, nun, ich sehe schon, ich kann mich auf dich verlassen.“

Er sah ein Weibchen schweigend da, scharrte mit dem Stiefel in dem schmutzigen, nassen Schnee, setzte darauf seine Tonpfeife in Brand und erschreckte mich plötzlich durch die Frage:

„Wenn ich dich aber jetzt hereinlege — was dann? Wenn ich mit den Galoschen zu deinem Prinzipal gehe und ihm sage, du habest sie mir heimlich für einen halben Rubel verkauft? He? Sie kosten doch wenigstens zwei Rubel, und du gibst sie für einen halben Rubel weg, den du natürlich vernachlässigst!“

Ich sah ihn ganz entsetzt an, als hätte er seine Drohung schon ausgeführt. Er hatte den Blick auf meine Stiefel geheftet, ließ den blauen Tabaksqualm hervor und nieselte leise weiter:

„Vielleicht hat mich dein Prinzipal gar dazu angestiftet: Geh, stelle ihn mal auf die Probe, ob er stiehlt oder nicht! Was dann?“

„Ich gebe dir keine Galoschen“, sagte ich, höchst aufgebracht und zugleich voll Angst.

„Recht müßt du sie mir schon geben, nachdem du sie versprochen hast!“

Er nahm mich bei der Hand, zog mich an sich heran, tippte mit seinem kalten Finger gegen meine Stirn und fuhr in schleppendem Tone fort: „Wie bringst du das nur fertig, so mir nichts, dir nichts: Da, nimm!“

„Du hast doch darum gebeten!“

„Bitten kann man um alles mögliche. Wenn ich dir sage: Geh' und taus' mal die Kirche aus' — wirst du es tun? Darf man denn so ohne weiteres tun, was der erste beste verlangt? Bist doch zu dumm, Junge!“

Er schob mich von sich fort und erhob sich.

„Ich brauche keine gestohlenen Galoschen, bin kein großer Herr und trage keine Galoschen. Hab' nur gepacht. . . Weil du aber ein so gutherziges Kerlchen bist, will ich dich auch zu Ostern auf den Kirchturn lassen, kannst die Glocken läuten und dir die Stadt ansehen. . .“

„Ich kenne doch die Stadt!“

„Dem Kirchturn siehst sie hübscher aus. . .“

Er ging, die Stiefelspizen in den Schnee stoßend, langsam nach der Ecke der Kirche. Ich sah ihm nach und dachte im stillen: Hat der Alte nur gekichert, oder hat der Prinzipal ihn geschickt, um mich auf die Probe zu stellen? Und ich fürchtete mich, in den Laden zu gehen. Da kam Sascha herausgelaufen und schrie mich an: „Wo steckst du denn, zum Teufel?“

Ich wurde plötzlich wütend und drohte ihm mit der Zunge. Ich wußte, daß er in Gemeinschaft mit dem ersten Verkäufer den Wirt bestahl; sie versteckten ein Paar Stiefel oder Pantoffel im Ofenrohr und ließen sie, wenn sie aus dem Laden fortgingen, im Paletotärmel verschwinden. Die Sache mißfiel mir und machte mich ängstlich — ich gedachte der Drohungen, die der Prinzipal ausgestoßen hatte.

„Hör' mal, du stichst wohl?“ fragte ich Sascha.

„Ich? Bewahre!“ erwiderte er, ohne verlegen zu werden. „Der erste Verkäufer stiehlt, und ich helfe ihm nur dabei.“

Er bat mich, ihm gefällig zu sein — da muß ich doch gehorchen, sonst spielt er mir irgendeinen Streich. Der Prinzipal, hä, hä! Der war selbst vor kurzem noch Verkäufer und weiß, wie's gemacht wird. Daß du reinen Mund hältst, verstanden?“

Er guckte, während er mit mir sprach, in den Spiegel und nestelte mit unnatürlich gespreizten Fingern an seiner Kravatte herum, wie er es dem Verkäufer abgesehen hatte. Immer wieder bemühte er sich, mir zu zeigen, daß er älter war als ich und Macht über mich besaß. Er schrie mich im Dazwischen an und erteilte mir Befehle, wobei er die Hand ausstreckte, als ob er mich von sich wegstieße. Ich war größer und stärker als er, dabei knochig und ungeschläch, während er mehr voll war und etwas Weiches, Pappiges hatte. Trug er feinen Rod und die Hosen mit dem Vorstoß, so machte er einigen Eindruck auf mich, wenn auch in seinem Wesen etwas lag, das ihn abstoßend und lächerlich erscheinen ließ. Er hatte einen giftigen Haß gegen die Köchin, eine absonderliche Person, von der man nicht recht wußte, ob man sie gut oder böse nennen sollte.

„Nichts macht mir mehr Vergnügen, als bei einem Kampfe zuzusehen“, pflegte sie zu sagen und rief dabei die glühenden schwarzen Augen weit auf. „Ob sich die Hähne bei den Köpfen kriegen, oder die Hunde beißen, oder die Bauern prügeln — das ist mir ganz gleich.“

Sah sie vom Küchenfenster aus zwei Läubertische aufeinander lospringen, so ließ sie die Arbeit liegen, hörte und sprach nichts und beobachtete den Kampf, bis er ausgefochten war. Des Abends, wenn der Laden geschlossen war, sagte sie zu mir und Sascha: „Na, Jungens, jetzt fikt ihr nun da und rührt euch nicht! So prügelt euch doch einmal!“

„Was heißt Jungens!“ fuhr Sascha sie ärgerlich an. „Ich bin für dich kein Junge, sondern der zweite Verkäufer!“

„Ach, was!“ antwortete sie — „Jolange du nicht verheiratet bist, bleibst du für mich ein Junge.“

„Schwach' nicht, dumme Gans!“

„Dumm, sagst du. . . der Teufel ist zwar klug, aber Gott will nichts von ihm wissen.“

Ihre Sprichwörter ärgerten Sascha ganz besonders. Wenn er ihr gereizt darauf antwortete, sah sie ihn nur geringschätzig an und sagte: „Ach, du Küchenwabe! Dich hat der Herrgott im Jozn geschaffen.“

Er suchte mich zu bereben, wir sollten ihr im Schlaf das Gesicht mit Schuhwichse oder Ofenruß schwärzen, ihr Nadeln in die Betten stecken oder sonst einen Vosseln spielen, aber ich fürchtete mich vor ihr. Sie hatte einen sehr leisen Schlaf, wachte oft mitten in der Nacht auf, zündete die Lampe an und blickte, regungslos aus ihrem Bett liegend, eine ganze lange Zeit starr in den Winkel. Manchmal kam sie zu mir hinter den Ofen, weckte mich und bat mit heiserer Stimme:

„Ich kann nicht schlafen, Verejka (Rufname von Alexei), ich hab' solche Angst. Sprich doch etwas mit mir!“

Halb im Schlaf erzählte ich ihr dann irgend etwas, und sie sah schweigend neben mir, hörte zu und nickte mit dem Kopfe. Es war mir, als gehe von ihr ein Duft von Weichrauch und Wachsternen aus und als müsse sie bald sterben. Ich hätte mich gar nicht gewundert, wenn sie plötzlich vor mir mit dem Gesicht zur Erde hingefallen und tot liegen geblieben wäre. Vor lauter Furcht begann ich ganz laut zu sprechen, aber sie fiel mir ins Wort:

„El—! Sprich leise, sonst erwacht das Gefinde und denkt, du bist mein Liebhaber. . .“

Sie sah immer in der gleichen Haltung da: mit gebeugtem Rücken, die Handflächen zwischen die harten, knochigen Knie gepreßt. Einen Rubel hatte sie nicht, und die Rippen traten noch durch das grobe Hemd hindurch vor, wie die Keifen an einem vertrockneten Fasse.

(Fortsetzung folgt.)

## Gewerkschaftliches

### Die Berliner Transportarbeiter zum großen Streik

Eine außerordentlich stark besuchte Funktionärerversammlung der Berliner Transportarbeiter tagte am 14. Februar im Gewerkschaftshaus, um den Bericht über den Eisenbahnstreik und den Streik in den städtischen Betrieben entgegenzunehmen.

Der Bevollmächtigte Dr. Mann ging in längeren Ausführungen auf diese Streiks ein. Zum Eisenbahnstreik verurteilte er entschieden den Erlaß des Reichspräsidenten. Aber auch die Haltung der Reichsgewerkschaft müsse entschlossene Mißbilligung finden, die ohne vorherige Fühlungnahme mit den großen maßgebenden Spitzenorganisationen den großen Streik beschlossen habe. Dr. Mann billigte die Haltung des A. D. G. B. und des U. S. B. und ging dann ausführlich auf die Vorgeschichte des Gemeinbedienstetenstreiks ein. Um Verschlechterungen des bestehenden Manteltariffs abzuwehren, hatten sich die Arbeiter und Angestellten in Abstimmung mit 95 Prozent für den sofortigen Streik erklärt. Der Magistrat wandte sich in letzter Stunde an das Reichsarbeitsministerium, das in einem Schiedsspruch die Bestimmungen mit sofortiger Wirkung in Kraft setzte, über die sich die Parteien in monatelangen Verhandlungen geeinigt hatten, während die streikenden Bestimmungen des Mantelvertrages in alter Fassung bis zum 30. Juni weitergelten sollten. Am 1. März sollten dann erneut Verhandlungen zwischen den Parteien beginnen. Dr. Mann betonte, daß auf Grund dieses Schiedsspruches unbedingt eine nochmalige Abstimmung vorgenommen werden mußte. Die Funktionärerversammlung der städtischen Betriebe beschloß aber den Streik. Die Spitzenorganisationen lehnten die Finanzierung des Kampfes mit der Begründung ab, daß ein Kampfziel nicht mehr gegeben sei und daß durch Fällung des Schiedsspruches eine herkömmliche Abstimmung erforderlich sei. Der Streik trug so schon im Entstehen den Keim des Zusammenbruchs in sich, was von den Gewerkschaftsvertretern auch vorher ausgesprochen worden war.

Es sei jetzt das eingetreten, was die Gewerkschaften unter allen Umständen verhindern wollten. Der Ausgang dieses großen Kampfes wäre ein anderer gewesen, wenn die organisierte Arbeiterschaft mehr Vertrauen zu den Gewerkschaftsleitungen gehabt hätte. Alle Arbeiter und Angestellten wären wieder eingestellt worden, wenn die mit dem Magistrat getroffenen Abmachungen über den Streikabbruch fristgemäß eingehalten worden wären.

Heute versuchen nun die Dienstleiter und die Werkdirektoren ihr Mühen an den Streikenden zu lähnen. Besonders macht sich die Letztung der Berliner Straßenbahn unliebsam bemerkbar. Diese wird bei den gewerkschaftlichen Körperschaften auch in unliebsamer Erinnerung bleiben, wenn nicht noch in letzter Stunde die Direktion zu einer besseren Einsicht gelangt. Jetzt sollen eingeleitete Schiedskommissionen über die Wiedereinstellung der zur Zeit gemahregelten Arbeiter und Angestellten entscheiden. Es wird Aufgabe der Gewerkschaften sein, kein Mittel unversucht zu lassen und die Wiedereinstellung sämtlicher Funktionäre und der anderen Gemahregelten zu erreichen.

Nach einer lebhaften Diskussion wurde nachstehende Resolution angenommen, die den maßgebenden Körperschaften unverzüglich zugeführt werden soll:

Die am 14. Februar 1922 im großen Saal des Gewerkschaftshauses tagende, überfüllte Funktionärerversammlung des Deutschen Transportarbeiter-Bundes, Bezirksverwaltung Groß-Berlin, nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der vom Magistrat der Stadt Berlin vorgenommenen Massenarrestierung und bringt diesen Kollegen die vollste Sympathie entgegen.

Sie beauftragen die Organisationsleitung im Zusammenwirken mit dem A. D. G. B., den Spitzenorganisationen und der Berliner Gewerkschaftskommission kein Mittel unversucht zu lassen, um die Kollegen wieder in ihr bisheriges Arbeitsverhältnis einzugliedern. Weiter vom Magistrat zu verlangen, kein dem A. D. G. B. und den Spitzenorganisationen gegebenes Versprechen, keine Maßnahmen vorzunehmen in Betracht und unter eingehender Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse trotz des verspäteten Streikabbruchs, dennoch einzulassen.

Ferner sollen alle im Stadtparlament vertretenen Arbeiterparteien aufgefordert werden, die Wiedereinstellung sämtlicher Arbeitnehmer mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gemeinsam zu unterstützen. Vom Magistrat wird erwartet, daß er

keine Nachpolitik treibt, sondern die berechtigten Wünsche der Arbeiterparteien und gewerkschaftlichen Organisationen in Bezug auf Wiedereinstellung aller Arbeitnehmer vollinhaltlich Rechnung trägt.

### Diffsstrafe des Magistrats!

Wir teilen der Kollegenchaft mit, daß es uns gelungen ist, die Fälle der Nicht-Wiedereinstellung von Angestellten durch Verhandlungen bis auf ungefähr 40 dadurch zu erledigen, daß die Wiedereinstellung erfolgte. Ueber den Rest finden die Verhandlungen Donnerstag und Freitag statt. Es wird deshalb ersucht, daß diejenigen Kollegen, die bisher nicht wieder eingestellt wurden, ganz gleich, ob es sich um Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten oder Unorganisierte handelt, sich noch umgehend im Ortsbureau melden.

Mitglieder unseres Verbandes, die bisher noch nicht wieder eingestellt sind, ersuchen wir, im Bureau einen Antrag auf Unterstützung durch Ausfüllung des dazu vorgeschriebenen Formulars zu stellen, soweit dies im einzelnen noch nicht geschehen ist.

In der heutigen Verhandlung mit dem Magistrat wurde die Frage der Amtsausübung der bisherigen Betriebsräte erörtert. Der Oberbürgermeister Böck vertrat die Ansicht, daß da, wo eine Neuwahl von Betriebsräten erforderlich ist, von den Belegschaften Vertrauensleute gewählt werden sollen, die die Interessenvertretung wahrnehmen, bis die Neuwahl durchgeführt ist.

Wir empfehlen deshalb unseren Mitgliedern und den Angestellten des Magistrats, in allen Fällen, wo der bisherige Betriebsrat an seiner Amtsausübung gehindert wird oder nicht mehr vorhanden ist, die Wahl von Vertrauensleuten unverzüglich vorzunehmen, so daß eine Unterbrechung in der Wahrnehmung der Interessen der Angestellten auf Grund des bestehenden Mitbestimmungsrechtes nicht eintritt. Die zu diesem Zweck gewählten Vertrauensleute werden in ihrer Tätigkeit die restlose Unterstützung unseres Verbandes genießen. Da, wo aus solchen Anlässen Schwierigkeiten sich ergeben, ersuchen wir um schnellste Meldung nach dem Ortsbureau, SW. 61, Belle-Alliance-Straße 7-10 (Tel. Rollendf. 4460-63).

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin.

### Zur die Einheitlichkeit des Schulwesens Eine Rundgebung der Gewerkschaften

In der Vorbemerkung zu dem Artikel: „Berufsschule und Gemeinschaftsschule“ in der Sonntagsnummer wurden die Gefahren aufgezeigt, die dem einheitlichen Schulwesen durch die Abtrennung einer besonderen Deputation für das Fach- und Fortbildungsschulwesen drohen.

Die Gewerkschaften Berlins werden solchen Bestrebungen energisch zu Leibe gehen. Die Gewerkschaftskommission und das Ortsrat des U. S. B. haben am 10. Februar dem Magistrat einen Protest überreicht, in dem verlangt wird, dieses Ansuchen abzulehnen aus denselben Gründen, die den Magistrat seinerzeit zur Errichtung einer einheitlichen Deputation für das gesamte Schulwesen Groß-Berlins bestimmt haben.

Die Gewerkschaften müssen als Vertretung der wertvollen Jugend das größte Gewicht darauf legen, daß die Einheitlichkeit des Schulwesens gewahrt und, soweit sie noch nicht vorhanden ist, hergestellt wird. Vor allem darf die Verbindung zwischen Volksschule und Berufsschule nicht zerschnitten werden. Die Interessen der Jugend, wie auch die wirtschaftliche Entwicklung machen erforderlich, daß die Volksschule mehr als bisher zu einer praktischen Berufsberatung und Berufsvorbereitung umgebaut wird und daß ein ungeförter Aufstieg von der Volksschule über die Berufsschule zur Fachschule geschaffen wird. Das ist nur möglich, wenn die Vermaltung des gesamten Schulwesens durch eine Deputation erfolgt, der ein Mann vorstehen muß, welcher vom Vertrauen der arbeitenden Masse getragen wird.

Aufgabe aller sozialistischen Fraktionen des Stadtparlamentes muß es sein, die Errichtung einer solchen besonderen Deputation zu verhindern. Die Unterstützung der für die Einheitsbestrebung eintretenden arbeitenden Bevölkerung ist ihnen sicher.

### Ein neues Jugendheim

Vor einigen Tagen ist im Südwesten Berlins und zwar in der Belle-Alliance-Straße 7-10 vom Zentralverband der Angestellten ein neues Jugendheim, das für die jugendlichen Angestellten und Lehrlinge bestimmt sein soll, eröffnet worden. Das Jugendheim des Zentralverbandes ist einfach, aber geschmackvoll hergerichtet. Formen und Farben machen den Raum so heimlich, daß die Jugend sich darin wohl fühlen wird. Der Zentralverband hat sich mit der Schaffung dieses Jugendheimes ein großes Verdienst um die freie Jugendbewegung erworben; mehr wie je ist die Einrichtung solcher Räume notwendig, um die Jugend von den Gefahren, die ihnen durch Kino und Tanzsäle drohen, fernzuhalten. Es ist zu hoffen, daß das Heim ein Sammel-

punkt für die kaufmännische Jugend Berlins wird und dazu beiträgt, auch geistig die jungen Menschen auf den Lebenskampf vorzubereiten.

**Öffentliche Bankangestellten-Versammlung.** Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten beruft zu Freitag, den 17. Februar d. J., abends 7 1/2 Uhr, nach der Brauerei Bölow, Prenzlauer Allee 242 (Großer Saal) eine öffentliche Bankangestellten-Versammlung ein mit der Tagesordnung: 1. Feuerung und Bankangestellten-Forderungen. 2. Drohende Gefahren! Referenten sind die Kollegen Marx und Emonts.

**Bauarbeiter.** Die verlagte Versammlung der Rast- und Steinträger sowie Fuhrarbeiter findet am Sonntag, den 19. 2., vormittags 10 Uhr, bei Wilkes, Sebastianstr. 39, statt. Die Sektionsleitung.

**Gebr. Siemens u. Co., Lichtenberg.** Nachzahlung Donnerstag 2 Uhr nachmittags in der Kantine. Der Betriebsrat. Betriebsrätelehre, Seminar „Privatwirtschaft“. Die Schule ist heute wegen Kohlenmangel geschlossen.

**Seemannischer Berufsrat in Belgien.** Das Marine-Ministerium ließ den in Betracht kommenden Vereinigungen der Reederei, Seemannische Seeleute einen neuen Entwurf betreffend die Zusammenfassung eines Berufsrates für die Seefahrernden zukommen. Diesem Entwurf zufolge soll sich der Berufsrat aus vier Sektionen zusammensetzen, und zwar für die Reederei, Kapitane für lange Fahrten Steuerleute und Maschinenisten und Seeleute. Die Regierung beabsichtigt mit diesem Berufsrat eine Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu ermöglichen, ferner die Schaffung eines nationalen Lohnsystems, sowie eines Dienstreglements und eines Schlichtungsverfahrens. Mit Rücksicht auf den auf der Internationalen Konferenz in Genoa ausgedrückten Wunsch soll auch getrachtet werden, eine Stellenvermittlung für Seeleute ins Leben zu rufen.

### Parteiveranstaltungen

**Kinderbeschulungskommission.** Der Vortrag der Kinderbeschulungskommission-Funktionärinnen findet heute, Donnerstag, abends 6 Uhr, im Rathaus, Zimmer 55 statt. Kinderbeschulungsausschüsse sind vorzulegen.

### Donnerstag, 16. Februar

**Berwaltungsbereich Spezial.** Zur Teilnahme an der Einsetzung des Senats Robert Kiehl treffen sich die Senatsmitglieder um 4 1/2 Uhr an der Ecke Lindenstraße (Straßenbahn-Haltestelle der O-Bahn).

### Freitag, 17. Februar

**18. Bezirk (Kreuzberg).** Abends 8 Uhr Sitzung der Wohnungskommission mit dem vom Vorstand gewählten Ausschuss bei Dierck, Dierckstraße.

**19. Bezirk (Kreuzberg).** Abends 7 Uhr engere Vorstandssitzung bei Dierck, Kananstr. 8.

**Lichtenberg-Stadt und -Land.** Kommunale Kommission (Untergruppe 1, Wohlfahrtswesen). 8 Uhr Sitzung bei Albrecht, Pöhlgenstr. 2, Ecke Neue Buchholzerstraße. Kolonial- und pflanzliche Erzeugnisse in Militär.

**Spandau.** Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Vorsteher. Referent: Senatsrat Sogor. Lokal wird nach demnächstigen. Die Beschlüsse werden erfaßt, durch Hauptstille eingesandt.

### Vereinskalender

#### Freitag, 17. Februar

**Zentralverband der Angestellten.** Spezial. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung, Müllerstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. — **M. G. S. Kreuzberg.** Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung, Hauptstraße 10, Ecke Neue Friedrichstraße 35. — **Damen, Mädchen, Herren- und Knabenvereine.** Nachm. 5 1/2 Uhr Mitgliederversammlung, Kaminstraße, Kommandantenstr. 59-60.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.** Reichsbetriebe, Verwaltungsbereich und Reichsorganisationen. Abends 8 Uhr Funktionärerversammlung im Schultheiß, Neue Jalousie, 23-24, oberer Saal. Tagesordnung: 1. Zeriffungen. 2. Vorschlagsangelegenheiten.

**Zentralverband der Reichsleute und Helfer.** Abends 6 Uhr Branchenversammlung der Elektrizitätswerke in der Reuen Wilhelmstraße, Reppenstr. 96-97.

— Abends 6 Uhr Branchenversammlung der Pumpstationen, Gas- und Wasserwerke im Clubhaus, Ziegelstr. 2. — Abends 6 Uhr Branchenversammlung der Chemischen Industrie bei Aug. Veler, Lichtenberg, Hauptstr. 30.

**Deutscher Arbeiter-Verband.** 5 1/2 Uhr Versammlung der Betriebsräte aller Branchen im Gewerkschaftshaus, Saal 2.

**Bund der deutschen Angestellten und Beamten.** Ortsgruppenverwaltung Groß-Berlin. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung, Legel, Berlinhaus, Hauptstr. 10, Ecke Neue Jalousie. Abends 7 1/2 Uhr Versammlung der Betriebsräte im Berliner Clubhaus, Oberstr. 2.

**Arbeiter-Beamten-Bund, Ortsgruppe Berlin.** 7 Uhr Vortrag des Senats Dr. Winck: „Eine neue Auffassung der Alkoholmischung“ in der Schule Kiehlstr. 12. Güte willkommen.

Unserlangt eingehende Resolutionsentwürfe werden nur dann zurückgeliefert, wenn ein genügend konkreter Stellenantrag beigefügt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Vertriebs.

Verantwortlich für Politik und Gesundheit: Dr. Paul Herz, Charlottenburg; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: R. Gensel, Berlin; für den Internatenteil und öffentliche Mitteilungen: Ludwig Kommerzer, Berlin. — Verlagsveranstaltung „Freiheit“ e. G. m. b. H. Berlin — Druck der Berliner Drucker e. G. m. b. H. Berlin C. 2, Reize Straße 5-9.

**Kukirol**  
beseitigt schnell sicher und schmerzlos  
Hühneraugen  
Krank erweichend  
Pflanzlich  
behalten  
Normale Schwiele, Warzen  
In Apotheken & Drogerien erhältlich

Billige Preise für vornehme

## Winterkleidung

Schlüpfer, Raglans und Ulster	800 <sup>00</sup>
aus erstklassigen Fabrikaten in wundervoll hellen und dunklen Farbenstellungen. M. 1500, 1500, 1200, 1000	
Winter-Paletots	775 <sup>00</sup>
aus vorzüglichem Marango- und schwarzen Stoffen. M. 1350, 1200, 1000, 900	
Ulster	285 <sup>00</sup>
aus dauerhaften Stoffen, außergewöhnlich billig	
Knaben- u. Jünglings-Schlüpfer	260 <sup>00</sup>
in neuesten Fassons u. schönsten Farbenstellungen. Preise von nach Größe und Qualität	
Engl. Offiziersmäntel	575 <sup>00</sup>
ca. 110 cm lang, in braun-rot, Farbe aus nicht-empfindlichem und wasserd. Wolle mit weiß. Leibfutter. M. ca. 110 cm lang, in braun-rot, Farbe, erstklassige Fabrik, hoch- und ritzeil. M.	
Amerikan. Mäntel	250 <sup>00</sup>
Gummimäntel	450 <sup>00</sup>
für Damen und Herren, hochgeschl. und mit Fason, in guten Qualitäten. M. 1200, 1000, 700, 550	
Bozener Mäntel	350 <sup>00</sup>
für Damen und Herren in seltener Qualität, wetterfest.	
Winter-Joppen	250 <sup>00</sup>
aus bestem Lodenstoff, warm ge füttert, Interim- und Sportform. M. 600, 500, 450, 350, 300	
Pelzjoppen	250 <sup>00</sup>
mit Kamin gefüttert. M. 500, 400	
Fahrpelze	300 <sup>00</sup>
mit Kamin gefüttert. M. 600, 450	
Fahrpelze	750 <sup>00</sup>
mit Pelzkragen, Aermel wattiert, innen Kamin gefüttert. M. 900	

Jackett-Anzüge	450 <sup>00</sup>
aus vorzüglichem Stoffen, in den neuesten Mustern, gestreift, kariert und einfarbig auch Homospun. M. 750, 600	
Jackett-Anzüge	800 <sup>00</sup>
aus erstklassigen Kammgarn- und Cheviotstoffen, in blau und farbig. M. 1500, 1350, 1200, 1000, 900	
Winter-Anzüge	390 <sup>00</sup>
aus Manchester od. engl. Leder mit schwerer Futter, Schutz gegen strengen Frost von M.	
Sport-Anzüge	600 <sup>00</sup>
aus Loden u. Homospunstoffen, in erstklassiger Verarbeitung. M. 1200, 1100, 1000, 850	
Gehrock-Anzüge	
Smoking-Anzüge	
Frack-Anzüge	
Cutaway u. Weste	550 <sup>00</sup>
aus schwarz u. Marango-Stoffen. M. 500, 450	
Herren-Litewken	110 <sup>00</sup>
aus Bockskin, Aermel gefüttert. M. 150, 120	
Hosen	70 <sup>00</sup>
in allen Preisklassen, von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten. M. 450, 375, 325, 275, 225, 170, 150, 110, 85	
Burschen-Anzüge	250 <sup>00</sup>
Jackett- u. Sportform, in vielen guten Qualitäten. M. 650, 550, 450, 350	
Knaben-Anzüge	150 <sup>00</sup>
in verschiedenen Fassons und Qualitäten. M. 450, 300, 200	
Herren-Hüte / Chapeaux-Claques / Einsegnungs-Hüte	
Weisse Oberhemden / Frack-Oberhemden	
Helle Frack-Westen / Weisse Krawatten	
in großer Auswahl zu billigen Preisen.	

## Zur Einsegnung

Schwarze u. blaue Cheviotanzüge	380 <sup>00</sup>
kl. Gr. M.	
Blaue Cheviot- u. Kammgarnanzüge	450 <sup>00</sup>
ausgewöhnlich billig, kl. Gr. M.	
Blaue Cheviotanzüge	550 <sup>00</sup>
in sehr guter Qual. kl. Gr. M.	
Blaue Kammgarnanzüge	650 <sup>00</sup>
ganz besond. preisw. kl. Gr. M.	
Blaue Cheviotanzüge	750 <sup>00</sup>
in prima Qualität, Ersatz für Maß, kl. Gr. M.	
Blaue Kammgarnanzüge	950 <sup>00</sup>
Qualität und moderater Verarbeitung, kl. Gr. M.	
Farbige Anzüge	320 <sup>00</sup>
aus haltbaren Stoffen, kl. Gr. M.	
Farb. Kammgarn- u. Cheviotanzüge	480 <sup>00</sup>
in dunklen und hellen Farben, kl. Gr. M.	
Homospunanzüge	580 <sup>00</sup>
in sehr schönen Farbenstellungen, in vorzügl. Verarbeitung, kl. Gr. M.	
Cheviotanzüge	680 <sup>00</sup>
in Größen- u. Noppen-Mustern, kl. Gr. M.	
Farbige Anzüge	760 <sup>00</sup>
aus besten Qualitäten und in vorzüglicher Verarbeitung, kl. Gr. von M. 1200.— bis	

Jede weitere Größe kostet je nach Qualität 15—20 M. mehr

### Geh- und Sportpelze

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotagen und anderen Sachen

# BAER SOHN

Berlin nur Chausseestraße 29-30

Der Versand nach außerhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge